



Vorlage Nr. 101.19.1028

23. Januar 2024
1 von 2

Resolution

Der Standort Wintershall Dea in Kassel muss erhalten bleiben

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für den Erhalt des Standortes der Wintershall Dea und den Erhalt der Arbeitsplätze in Kassel einzusetzen. Hierzu sind Gespräche mit dem Betriebsrat, der betreuenden Gewerkschaft, dem regionalen und internationalem Management zu führen.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, Gespräche über die Geschäftsbereiche zu initiieren, die nicht Teil des Verkaufs sind, darunter das Röhrennetz, die WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG sowie den Tochterunternehmen Gascade Gastransport GmbH und NEL Gastransport GmbH, um deren Fortbestand in Kassel zu gewährleisten.

Begründung:

Die gegenwärtige Herausforderung, die sich aus den Zerschlagungsplänen von BASF für Wintershall Dea in Kassel ergibt, erfordert ein dringendes und entschiedenes Eingreifen des Magistrats. Die Bedeutung des Erhalts dieses Standortes und der damit verbundenen Arbeitsplätze für die Stadt Kassel kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wintershall Dea stellt als bedeutender Wirtschaftsakteur und einer der Hauptgewerbesteuerzahler der Stadt eine wesentliche Säule der lokalen Wirtschaft dar. Der Verlust von 600 tarifgebundenen Arbeitsplätzen würde nicht nur die Existenz vieler Familien bedrohen, sondern auch die Wirtschaftskraft der Region erheblich schwächen. Eine solche Entwicklung würde eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bedeuten und könnte zur Abwanderung qualifizierter Fachkräfte führen, was langfristig die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Kassels beeinträchtigen würde.

Darüber hinaus spielt Wintershall Dea eine wichtige Rolle im sozialen und kulturellen Leben der Stadt. Durch sein Engagement in verschiedenen sozialen und kulturellen Projekten trägt das Unternehmen maßgeblich zur Lebensqualität in Kassel bei. Dies reicht von der Unterstützung kultureller Einrichtungen bis hin zum Engagement für demokratische Werte. Der Verlust von Wintershall Dea würde daher nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle und soziale Einbußen für die Stadt bedeuten.

Angesichts dieser Lage ist es entscheidend, dass der Magistrat in Gespräche mit dem Betriebsrat, der betreuenden Gewerkschaft sowie dem regionalen und internationalen Management von Wintershall Dea eintritt. Ziel dieser Gespräche sollte es sein, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um die drohenden negativen Konsequenzen für die Stadt und ihre Bevölkerung abzuwenden. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern auch um die Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität und sozialen Verantwortung in Kassel.

Die Initiative des Magistrats in dieser Angelegenheit würde ein starkes Zeichen der Solidarität mit den Mitarbeitenden von Wintershall Dea setzen und zugleich zeigen, dass die Stadtverwaltung die Bedeutung des Unternehmens für die gesamte Stadtgemeinschaft erkennt und wertschätzt. Es ist eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Verantwortung, sich für den Erhalt von Wintershall Dea in Kassel stark zu machen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Patrick Hartmann

gez. Anke Bergmann
Fraktionsvorsitzende